

enough time in the field to observe work places and plant status, to coach plant personnel and to communicate and enforce management expectations. However, there has been a decreasing trend in the use of this process between 2008 and 2011.»

- Das Management beruft sich oft auf «unseren Standard», dieser ist aber nicht dokumentiert (aus OSART-Bericht 2012, 1.5 Industrial Safety Programme «However, several industrial safety practices at the plant are below good international practice»).
- Lokale Instruktionsblätter werden zu wenig auf ihre Aktualität geprüft.
- Korrekturmassnahmen erfolgen nicht in rationeller Zeit.
- In 8 Schichten im Jahr 2012 war kein ausgebildeter Feuerwehrmann auf der Schicht.
- Das industrielle Sicherheitsprogramm entspricht nicht dem guten Industriestandard (aus: OSART-Bericht 2013, 1.5(1) Industrial Safety Programme Issue: The industrial safety programme is not in line with good industry standards).
- 44 Modifikationen beginnend im Jahr 2009 sind noch nicht abgeschlossen.

Erwähnte Dokumente:

OSART-Bericht 2012: [http://kernenergie.bkw-](http://kernenergie.bkw-fmb.ch/tl_files/content/KKM/de/Aktuelles/OSART%20FINAL%20REPORT.pdf)

[fmb.ch/tl_files/content/KKM/de/Aktuelles/OSART%20FINAL%20REPORT.pdf](http://kernenergie.bkw-fmb.ch/tl_files/content/KKM/de/Aktuelles/OSART%20FINAL%20REPORT.pdf)

OSART-Bericht 2000: http://static.ensi.ch/1312877995/osartkkm_followup.pdf

Antwort des Regierungsrats

Die IAEA (International Atomic Energy Agency) hat im Oktober 2012 beim Kernkraftwerk Mühleberg (KKM) der BKW eine OSART-Mission (Operational Safety Review Team) durchgeführt. Ziel der Mission war es, die betriebliche Sicherheit des KKM zu überprüfen, allfällige Verbesserungspotenziale und bereits implementierte Good Practice aufzuzeigen.

Das Expertenteam hat mit seiner Mission grundsätzlich bestätigt, dass das Kernkraftwerk Mühleberg die internationalen Vorgaben im Bereich der betrieblichen Sicherheit einhält. Das Expertenteam hat aber auch Optimierungsmöglichkeiten empfohlen, welche insbesondere die Bereiche Management, Organisation, Administration, Ausbildung, Instandhaltung, technischer Support und Notfallplanung betreffen.

Die BKW als Betreiberin des Kernkraftwerks Mühleberg ist bereit, die Empfehlungen des Expertenteams umzusetzen. Das ENSI hat als zuständige Aufsichtsbehörde diese Empfehlungen ebenfalls bereits mit seinen Forderungen zum Langzeitbetrieb aufgegriffen. Die Umsetzung der Massnahmen wird zusätzlich auch von der IAEA in einer OSART-Folgemission in rund 18 Monaten bewertet werden.

Die Umsetzung dieser Optimierungsmassnahmen aus der OSART-Mission gehört in die operative Tätigkeit der Unternehmung. Weder der Verwaltungsrat noch der Regierungsrat als Vertreter des Mehrheitsaktionärs sind zuständig.

Da die BKW als Betreiberin bereit ist, die Massnahmen der IAEA umzusetzen, das ENSI als Aufsichtsbehörde die Umsetzung der Massnahmen überwachen und kontrollieren wird und auch die IAEA eine Folgemission durchführen wird, erkennt der Regierungsrat keinen weiteren Handlungsbedarf. Er sieht insbesondere keinen Anlass, als Vertreter des Mehrheitsaktionärs gegenüber der BWK zu intervenieren.

Der Regierungsrat lehnt deshalb die Motion in allen vier Punkten ab.

Der Regierungsrat beantragt:
Ablehnung

Urs Muntwyler, Bern (Grüne). Das Ziel dieser Motion ist einfach: Es soll einen sicheren Betrieb des Kernkraftwerks Mühleberg bis zu dessen Ausserbetriebsetzung geben. Der Grund, weshalb dies wichtig ist, ist ein technischer. Bei einem technischen Gerät oder einer Anlage haben wir normalerweise zu Beginn erhöhte Probleme, Ausfälle usw., die man im Rahmen der Inbetriebnahme korrigieren muss. Nach einer längeren Betriebsphase steigt dann gegen das Ende der Lebensdauer der Anlage oder der Maschine die Fehlerquote an. Wir kennzeichnen dies in der Technik mit der Badewannenkurve.

Das Kernkraftwerk Mühleberg ist am Ende seiner technischen Lebensdauer angelangt. Wir wissen aus verschiedensten Berichten, dass das eine oder andere revisionsbedürftig ist. Das ENSI hat eine

lange Liste dessen erstellt, was gemacht werden muss. Es gibt nicht nur das ENSI, auch die Kommission der Internationalen Atomenergieagentur, das Operational Safety Review Team (OSART), macht Kontrollen. Das ist deshalb wichtig, weil das Kernkraftwerk Mühleberg ein singuläres Werk ist; es gibt kein weiteres solches Kernkraftwerk in der Schweiz. Es handelt sich um ein älteres Siedewasser-Kernkraftwerk der General Electric. Generell machen diese Technologien mehr Probleme als Druckwasserreaktoren. Das ist mir seit fast 40 Jahren bekannt. Deshalb wundert es mich nicht, dass langsam das rote Licht angeht.

Wenn man den OSART-Bericht mit den Berichten des ENSI vergleicht, fallen einem Unterschiede auf. Es ist, wie wenn Sie ein Auto zuerst dem TÜV zum Test bringen und dann dem TCS: Sie hätten das Gefühl, es gehe um zwei verschiedene Autos. Wir haben nicht sehr viel Erfahrung mit Kernkraftwerken, waren aber alle schon in einem Flugzeug. Deshalb illustriere ich das Folgende anhand eines Flugzeugs. Wenn man in der Mängelliste der OSART statt Atomkraftwerk stets Flugzeug einsetzt, heisst dies etwa Folgendes: Sie würden in ein Flugzeug steigen, bei dem die Fluggesellschaft der bernischen Regierung gehört, also dem Kanton. Die Schichtübergabe von einem Piloten zum anderen wäre nicht dokumentiert; das Validierungsprotokoll, das nach jedem Flug erstellt werden muss, würde nicht erstellt; das Flugtraining des Piloten wäre mangelhaft; der Pilot selber wäre nicht immer auf dem Flugzeug – da kann man nur hoffen, dass die Stewardess fliegen kann –, und die Fluggesellschaft hätte eigene Standards, die nicht den Standards der internationalen Fluggemeinschaft entsprechen – diese überprüft diese Standards jeweils. Die Komponenten des Flugzeugs wären nicht auf regelmässige Inspektionsintervalle überprüft und Korrekturmassnahmen nicht ausgeführt worden; der Flugingenieur befände sich nicht, wie vorgeschrieben, stets im Flugzeug; das Sicherheitsprogramm entspräche nicht dem der übrigen Fluggesellschaften. So sähe es bei dem Flugzeug aus, in das wir einsteigen, um in die Ferien zu fliegen. Fällt ein Flugzeug vom Himmel, ist der Schaden zwar gross, aber immerhin begrenzt. Bei einem Atomkraftwerk ist der Schaden nahezu unbegrenzt, und zwar für den Kanton, den Besitzer, aber auch, weil der Schaden im Berner Mittelland, passiert, einem Gebiet, das mir natürlich besonders am Herzen liegt.

Mein Anliegen ist, dass die Tests weiterhin von der OSART gemacht werden, bis das ENSI so weit ist, dass es die Tests machen kann, die in line sind mit dem, was nötig ist. Ich habe mit Befriedigung festgestellt, dass es jetzt so gemacht werden soll. Aber es geht nicht nur darum, dass es gemacht wird, es geht auch um die Umsetzung. Beim Flugzeug wäre es übrigens so: Wenn eine der Massnahmen – es gibt 44 Korrekturmassnahmen – nicht vollzogen würde, bliebe das Flugzeug sofort am Boden, egal, ob es sich um ein grosses Flugzeug oder um ein Segelflugzeug handelt. Das Flugzeug dürfte erst wieder in Betrieb genommen werden, wenn alle Korrekturmassnahmen ausgeführt sind. Dass dies beim Atomkraftwerk nicht der Fall ist, ist Besorgnis erregend. Die Sicherheit ist prioritär. Kritisch wird es gegen Ende der Lebensdauer, und die ist nahe. Ich denke, in der nächsten Session werden wir das Ende Mühlebergs erleben – es geht ja noch um ein paar finanzielle Aspekte, darauf wird man sicher noch zurückkommen.

Mir ist klar, dass die Motion keine grosse Akzeptanz finden wird, ist es doch ein Thema, das die meisten Leute überfordert. Deshalb habe ich das Beispiel mit dem Flugzeug gewählt. Das Atomkraftwerk sollte nur so lange betrieben werden, als die Sicherheit gewährleistet ist. Wenn nicht, heisst es Ende Feuer, das Werk muss abgestellt werden. Das wäre weiter nicht schlimm. Wenn wir nämlich den Strom auf dem normalen Markt, dem Spot-Markt, einkaufen würden, hätten wir wesentlich billigeren Strom, und die BWK müsste nächstes Jahr den Strom nicht teurer verkaufen.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). Ich rede auch zu Traktandum 47, dem Postulat Muntwyler «Sicherheit des AKW Mühleberg vor gezieltem Flugzeugattentat», da beide Vorstösse die gleiche Stossrichtung haben, nämlich die Verbesserung des Sicherheitsmanagements bzw. die Sicherheitsmarge des AKW Mühleberg.

Die Antworten der Regierung zu den aufgeworfenen Sicherheitsfragen sind knapp und bündig. Sie verweisen auf die involvierten Kontrollinstanzen und darauf, dass die Hausaufgaben bei der AKW-Betreiberin auf dem Tisch liegen. Die Regierung ordnet die Verantwortung für die Umsetzung von Sicherheitsmassnahmen eindeutig der operativen Führung der AKW-Betreiberin zu. Weil die Vorstösse vordergründig die operative Ebene der Betreiberin betreffen, hat sich die EVP-Fraktion mehrheitlich der Argumentation der Regierung angeschlossen, auch wenn die EVP grundsätzlich einen schnellen Ausstieg aus der Erzeugung von Atomenergie befürwortet.

Ich persönlich werde beiden Vorstössen zustimmen. Dazu erlaube ich mir einen Erklärungsversuch. Gegenwärtig tauchen sie wieder in den Medien auf: die Berichte über Fukushima, die darauf hindeuten, dass die Japaner die ganze Geschichte nicht wie geplant im Griff haben. Das ist tragisch

und gefährdet bei uns die schon fast erfolgreiche Verdrängung der Atomkatastrophe. Die Meldungen erinnern uns wieder an die Risiken dieser Technologie, die eigentlich vor unserer Haustür liegen. IAEA, ENSI, OSART: Wir können heute auf eine ganze Anzahl von Abkürzungen mit Beruhigungseffekten zurückgreifen. Wenn so viele Expertinnen und Experten am Prüfen, am Messen und Berechnen sind, lässt sich doch mit diesem Risiko leben, und wir sollten ruhig schlafen können. Sollte es trotzdem noch zu Schlafstörungen kommen, können wir uns noch zureden, dass wir uns in einem sicheren Land, die Japaner aber auf tektonisch deutlich labileren Verhältnissen leben. Die Frage der Sicherheit darf aber nicht länger negiert werden. Sie ist auch nicht nur die Sorge einiger Exoten, von ein paar «Stürmis» auch hier im Rat, die immer wieder mit dem ewig leidigen Thema kommen. Man hat im August 2013 in den Printmedien lesen können: «Am meisten fürchten sich die Schweizer vor einer Atomkatastrophe. 61 Prozent der Bevölkerung halten Atomkraftwerke für sehr oder gar extrem gefährlich. Dies geht aus einer repräsentativen Studie der ETH hervor, die das SRFG in Auftrag gegeben hat.»

Hinter den beiden Vorstössen stehen zwei Fragen, die über die subjektive Interpretation der Sicherheitsfrage und über die Frage, wie gefährlich Atomkraftwerke seien – und somit über unsere Gefühle – hinausweisen. Es ist einerseits die Frage, wer die politische Verantwortung für das Restrisiko übernimmt und mit welchem Restrisiko wir bereit sind zu leben. Wenn das Risiko einer Havarie, eines worst case nahezu bei null liegt, warum kann dann dieses Risiko nicht auch an die operative Führung delegiert und privatwirtschaftlich versichert werden? Wenn die Dimension des Risikos für die privatwirtschaftliche Assekuranz zu gross ist, dann kann die politische Führung nicht sagen, die Verantwortung für die Sicherheit gehe uns nichts an. Dann müssen wir dazu stehen, dass wir nicht in der Lage sind, die Verantwortung zu übernehmen. Die Konsequenz dieser Einsicht heisst nicht sicherheitstechnisches Nachrüsten, sondern Abschalten.

Stellen wir uns einen kurzen Moment vor, Fukushima heisse Mühleberg. Die Wegdistanz vom Rathaus zum AKW beträgt gemäss meinem «App» 19 Kilometer, die Luftdistanz ist noch etwas kürzer. Wir konnten lesen, dass im Umkreis von 20 Kilometern des havarierten Atomkraftwerks in Japan Sperrgebiet ist. Das würde bedeuten, dass das Mikrofon dieses Pultes über Jahrhunderte sehr wahrscheinlich verstummen würde. Es würde aber auch bedeuten, dass Grünpflanzen, vielleicht sogar mutierte, langsam in diesen Raum hinein wachsen würden, und es würde hier niemand mehr etwas machen. Ich habe einen Bildband von Tschernobyl eines Fotografen, der dort nach zwei Jahrzehnten fotografierte. Man sieht leere Spitäler, Schulhäuser, Parlamentsgebäude usw. Alles wurde plötzlich verlassen, und niemand kehrt dorthin zurück. Das könnte theoretisch auch hier passieren.

Unabhängig von Fachinstanzen, Ingenieurgutachten, Wahrscheinlichkeitsberechnungen: wir tragen die politische Verantwortung für eine Technologie, die wir zwar erfolgreich nutzen, mit deren Risiken wir aber in Wirklichkeit nicht leben können. Deshalb unterstütze ich alle Vorstösse, die dazu beitragen, die Gefahren dieser Technologie immer wieder ins Bewusstsein zu rufen. Ich plädiere dafür, die Hände davon zu lassen und uns nach Alternativen umzuschauen. Die Alternativen liegen bereit.

Präsident. Bevor noch weiter zu beiden Vorstössen geredet wird, teile ich Ihnen mit, dass das Traktandum 47 zurückgezogen wurde. Beschränken Sie sich in Ihren Voten also bitte auf das Traktandum 46.

Gerhard Fischer, Meiringen (SVP). Nach der Aussage von Grossrat Muntwyler gehöre ich wahrscheinlich auch zu den Leuten, die mit dieser Materie überfordert sind. Die SVP lehnt die Motion trotzdem in allen Punkten ab. Der Motionär will den Regierungsrat beauftragen – er hat es ausführlich, zum Teil leicht polemisch dargelegt –, sich bei der BKW für die Sicherheit des AKW Mühleberg einzusetzen, und begründet dies mit aufgedeckten organisatorischen Mängeln. Der Regierungsrat lehnt die Motion ab mit den folgenden Begründungen: Das AKW Mühleberg erfülle die internationalen Vorgaben im Bereich der betrieblichen Sicherheit; die BKW sei bereit, diesen Empfehlungen zu folgen und sie vor allem auch umzusetzen. Zudem würden die Optimierungsmassnahmen nicht in die operative Geschäftstätigkeit der BKW gehören. Wie eingangs erwähnt, schliesst sich die SVP der Haltung des Regierungsrats an.

Im Weiteren gilt: Kein anderer Wirtschaftszweig untersteht derart strengen Sicherheitsvorschriften wie ein AKW. Das ist auch richtig so. Aber ich erinnere Sie daran, denken Sie bei all diesen Vorstössen auch an die Chemie. Es gab Chemie-Unfälle – Seveso, Bhopal in Indien. Dort bräuchte es ebenfalls strengere Sicherheitsvorschriften. Das Gleiche gilt für Flugzeugabstürze – das diesbezügliche Postulat wurde zurückgezogen –, aber dann müsste es auch im Bereich Basel genauer geprüft

werden. Das KKW Mühleberg erfüllt zudem die Auflagen des EU-Stresstests. Ich kann es mir nicht ganz verkneifen zu fragen, ob es den Herren Vorrednern wirklich nur um die Sicherheit oder nicht doch eher um Stimmungsmache für die Initiative «Mühleberg vom Netz» gehe.

Bernhard Riem, Iffwil (BDP). Der Regierungsrat als Vertreter des Hauptaktionärs soll für ein verbessertes Sicherheitsmanagement im Kernkraftwerk Mühleberg sorgen und schauen, dass international gültigen Standards entsprochen wird. Die Motion wird damit begründet, die OSART-Überprüfung habe verschiedene Optimierungsmöglichkeiten aufgezeigt. Der Regierungsrat lehnt die Motion ab mit der Begründung, das Kernkraftwerk Mühleberg halte die internationalen Vorgaben im Bereich der betrieblichen Sicherheit ein. Die Empfehlungen der OSART zur Optimierung würden von der BKW umgesetzt; die IAEA werde in einer weiteren OSART-Folgemission die Massnahmen 18 Monate später bewerten; das ENSI sei zuständig für die entsprechende Überwachung. Die Meinung der BDP-Fraktion zu dieser Motion ist klar und eindeutig: wir lehnen sie ab.

Die Umsetzung von Optimierungsmassnahmen ist eine rein operative Tätigkeit und ist weder eine strategische noch eine gesetzgeberische Aufgabe. Die BDP wird sich weiterhin hüten, in die operativen Aufgaben von Unternehmen mit staatlicher Beteiligung einzugreifen, weder in Verwaltungsangelegenheiten von Spitälern noch in das Riskmanagement der Kantonalbank oder in Entscheide der BLS. Die BDP hat den geordneten Ausstieg aus der Kernkraft beschlossen und hält sich daran. Die Stossrichtung der Motion und die beabsichtigte Wirkung nach der Methode «steter Tropfen höhlt den Stein» lehnen wir ab. Persönlich habe ich das Gefühl, es handle sich hier eher um eine Einstimmung auf die Volksinitiative «Mühleberg vom Netz» als um eine Umsetzung von Sicherheitsmassnahmen. Aufgefallen ist mir auch der Titel der Motion, der nicht sehr präzise ist: «Verbesserung der Sicherheitsüberprüfungen». Urs Muntwyler, du stellst ja nicht die OSART-Mission infrage, sondern die Umsetzung der bernischen Kraftwerke; zumindest ist dies meine Interpretation des Motionstitels.

Christoph Grimm, Burgdorf (glp). Der glp-CVP-Fraktion geht bei den Atomkraftwerken die Sicherheit über alles. Das Expertenteam hat Optimierungsmöglichkeiten empfohlen, insbesondere in den Bereichen technischer Support und Notfallplanung. Die BKW ist zwar bereit, diese Massnahmen umzusetzen, und das schätzen wir. Es ist uns sehr wohl bewusst, und das möchte ich klar betonen, dass es die operative Ebene betrifft; eigentlich haben wir dort nichts zu sagen. Trotzdem möchten wir mit einem Ja zur Motion Druck aufsetzen, Druck, dass es nicht bei einer Absichtserklärung der BKW bleibt, sondern es auch ausgeführt und entsprechend nach aussen kommuniziert wird, dass etwas gemacht werden muss.

Wir können Sicherheit nicht einfach delegieren, wir müssen die Verantwortung für die Sicherheit und Massnahmen dazu übernehmen. Spätestens bei einem Unfall werden wir merken, dass es nicht nur die operative Ebene angeht, dann betrifft es nicht nur den Verwaltungsrat, sondern uns alle. Verantwortung über die Sicherheit ist das oberste Ziel. Deshalb sagen wir: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Die glp-CVP-Fraktion empfiehlt Ihnen, die Motion anzunehmen.

Andreas Hofmann, Bern (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion unterstützt die Motion. Allerdings lehnt eine starke Minderheit sie ab, nicht aus inhaltlichen, sondern aus formalen Gründen, nämlich: Das Bundesgericht habe entschieden, dass die ENSI alleine für die Sicherheit der AKW zuständig sei; der Kanton habe die Ressourcen nicht, um einzugreifen.

Im «Bund» vom 10. Mai 2011 stand ein Zitat, das ich nicht mehr vergessen werde. «Es ist nicht Aufgabe des ENSI, wie viel Risiko der Bevölkerung zugemutet werden darf. Dies ist Aufgabe der Politik. Das ENSI wende lediglich die gesetzlichen Vorschriften an.» Dieses Zitat stammt vom ENSI-Direktor Hans Wanner. Die Berner Regierung sieht dies ganz anders, sie sieht selber keinen weiteren Handlungsbedarf und auch keinen Anlass, als Vertreter des Mehrheitsaktionärs gegenüber der BKW zu intervenieren. Das Problem ist das Verantwortungs-Pingpong, das auf Bundesebene stattfindet. Das ENSI sagt, der Bund sei zuständig, und der Bund und unterdessen auch das Bundesgericht sagen, das ENSI sei zuständig. Ich habe den Eindruck, diese Kraftprobe sei noch nicht überwunden. Das ENSI müsste eigentlich jetzt erkennen, dass es allein verantwortlich ist, nachdem es jahrzehntelang meinte, es sei nicht allein verantwortlich, sondern die Politik sei verantwortlich. In der gegenwärtigen Übergangsphase haben wir eine enorme Unsicherheit, und im Rahmen dieser Unsicherheit gibt es wahrscheinlich nichts anderes, als dass die Berner Regierung, vielleicht aussergewöhnlich, eingreift, denn es geht um die Sicherheit der Berner Bevölkerung.

Was hat sich das ENSI eigentlich vor Fukushima überlegt? Die Glaubwürdigkeit des ENSI ist enorm

unter Druck, weil es eine Menge Sicherheitsmängel festgestellt hat, aber erst nach Fukushima. Man kann sich fragen, ob es diese Mängel davor nicht gegeben habe. Das heisst einfach, das ENSI hat seine Arbeit vor Fukushima nicht gemacht und versucht jetzt hektisch, irgendetwas nachzuholen. Das stärkt natürlich mein Vertrauen in diese Behörde nicht.

Nach vierzig Jahren Betrieb des AKW Mühleberg steht zum Beispiel im OSART-Bericht, dass das industrielle Sicherheitsprogramm nicht dem guten Industriestandard entspricht. Das ist eine vernichtende Kritik, das entspricht nicht nur, wie die Regierung geschrieben hat, ein paar Optimierungsmöglichkeiten. Es ist eine vernichtende Kritik, die man auch als solche lesen muss. Es ist davon auszugehen, dass das AKW Mühleberg während Jahrzehnten mit ungenügender Sicherheit betrieben worden ist. Das kommt erst jetzt heraus, und das ist etwas spät! Denn wir haben jetzt das Problem, dass das Werk wahrscheinlich nicht mehr manches Jahr laufen wird, und jetzt stellt sich die Regierung auf den Standpunkt, die BKW wolle die OSART-Berichte umsetzen. Die Frage ist, wie dies in den paar Betriebsjahren geschehen soll. Ich zitiere aus einer weiteren Bemerkung des OSART-Berichts: «44 Modifikationen, beginnend im Jahr 2009, sind noch nicht abgeschlossen.» Das heisst, die BKW spielt auf Zeit. In den paar Jahren, in denen das Werk noch läuft und die BKW auf Zeit spielt, kann man sich fragen, ob überhaupt noch etwas im Sinn des OSART-Berichts passieren wird. Mir fehlt jedenfalls der Glaube. Der Kanton kann sich der Verantwortung nicht entziehen, die letzten paar Jahre eines Werks sind die gefährlichsten, wie auch Herr Muntwyler schon sagte.

Peter Flück, Unterseen (FDP). Selbstverständlich ist auch die FDP an der Sicherheit unserer Atomkraftwerke interessiert. Es ist richtig, dass wir alle uns Gedanken dazu machen, und das tun wohl alle. Wir trauen uns auch zu, eine Beurteilung abgeben zu können, vor allem gestützt auf die gute Antwort der Regierung. Wenn man nun das Vertrauen ins ENSI infrage stellt, so halte ich dem entgegen, dass ich dieses Vertrauen habe. Es ist nicht mehr als richtig, wenn das ENSI gestützt auf Erkenntnisse aus Fukushima gewisse Sachen neu und zusätzlich überprüft. Da kann man nicht die Frage stellen, ob das ENSI vorher nichts getan habe. Es hat nämlich auch vorher etwas getan. Die FDP-Fraktion ist mit der Antwort der Regierung zufrieden und teilt deren Haltung. Wir werden die Motion in allen Punkten ablehnen.

Blaise Kropf, Bern (Grüne). Die Grünen unterstützen selbstverständlich den Vorstoss Muntwyler, und ich kann auch vorausschicken, dass wir etwas enttäuscht sind von der Antwort des Regierungsrats sowohl auf den vorliegenden wie auch auf den zweiten Vorstoss, der jetzt zurückgezogen worden ist. Wir sind dezidiert der Meinung, der Regierungsrat mache es sich allzu einfach, wenn er die Verantwortung für die Sicherheit des Atomkraftwerks Mühleberg einfach auf die Betreiberin, die BKW, auf der einen und auf das ENSI auf der anderen Seite abschiebt. Wir sind überzeugt, dass der Regierungsrat als Regierung des Standortkantons hier Verantwortung trägt und tragen muss. Wie würde der Regierungsrat argumentieren, wenn es im Atomkraftwerk Mühleberg zu einem Unglücksfall käme? Wie würde man das Wegschauen rechtfertigen, wenn die Probleme schon heute bekannt sind? Für Autofahrerinnen und Autofahrer ist klar, der Fahrzeughalter ist für den Unterhalt des Fahrzeugs zuständig; gleichwohl gibt es Fahrzeugprüfungen. Hier geht es aber nicht um ein Auto, sondern um einen Hochrisikobetrieb und eine Hochrisikotechnologie. Umso legitimer ist es, dass die Regierung des Standortkantons genauer hinschaut.

Wir erhalten im Moment fast täglich neue Berichte über die verheerenden Auswirkungen des Gaus in Fukushima. Wir erleben damit gewissermassen tagtäglich, in welchem grenzenlosen Ausmass die Betreiberin dieses AKW, die Tepco, mit dieser Situation überfordert ist; sie war es im Vorfeld und ist es auch jetzt noch. Was wichtig ist im Zusammenhang mit dem Vorstoss und der OSART-Mission ist Folgendes: Es ist bekannt – die BKW hat es notabene gestern wieder in einer ein bisschen verschämten Medienmitteilung eingestehen müssen –, dass die Risse im Kernmantel ein weiteres Mal gewachsen sind – es steht zwar «nur geringfügig» –, aber die Risse sind gewachsen. Die baulichen Mängel im AKW Mühleberg waren bekannt, aber was uns jetzt vorgelegt wird, sind nicht bauliche Mängel, sondern darüber hinaus noch organisatorische Mängel. Das ist ein gewichtiges neues Element. Die organisatorischen Mängel waren auch ein wesentliches Element, das zum Gau in Fukushima beigetragen hat. Wenn das AKW Mühleberg schon die bekannten baulichen Mängel aufweist, könnte man mit gutem Recht erwarten, dass wenigstens im organisatorischen Bereich ein Top-Standard eingehalten wird. Der OSART-Bericht zeigt, dass dies mitnichten der Fall ist.

Von daher erwarten wir, dass der Regierungsrat seine Verantwortung wahrnimmt, energisch auf die Umsetzung der Sicherheitsmassnahmen insistiert und dies auch durchsetzt. Eine letzte Überlegung

zum Schluss: Wir wissen im Zusammenhang mit anderen Optimierungsmassnahmen im AKW Mühleberg, dass die BKW gelegentlich etwas retardierend agiert bei der Umsetzung solcher Massnahmen; man wartet gerne noch ein wenig zu. Von daher sollte man zumindest warten, bis die BKW die Massnahmen umgesetzt hat, und erst dann den Vorstoss abschreiben. Aber jetzt, da erst eine Absichtserklärung der BKW vorliegt, man wolle es anschauen, ist es richtig, den Vorstoss zu überweisen.

Sarah Gabi Schönenberger, Schwarzenburg (SP). Wie mein Vorredner eben sagte, werden die Verantwortungen hin und her geschoben. Das ist keine Lösung, auch für die Zukunft nicht. Wir wollen die grösstmögliche Sicherheit, die es in Bezug auf ein AKW überhaupt geben kann. Die Sicherheit muss Vorrang haben, die Optimierungsvorschläge sollen umgesetzt und kontrolliert werden. Es braucht den politischen Druck des Grossen Rats, die Verantwortung muss übernommen werden. Ich frage Sie: Wer unter Ihnen möchte im Moment oder längerfristig in Fukushima leben? Die Optimierungsvorschläge dürfen nicht weiter ignoriert werden, wir wollen doch alle ruhig schlafen können. Nehmen wir also die Motion an im Interesse von uns allen!

Präsident. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Der Motionär möchte nach der Regierungsrätin sprechen.

Barbara Egger-Jenzer, Bau-, Verkehr- und Energiedirektorin. Ich habe sehr grosses Verständnis für die Anliegen des Motionärs. Auch für den Regierungsrat und erst recht für mich als eine der Kantonsvertreterinnen im Verwaltungsrat der BKW hat die Sicherheit des AKW Mühleberg allerobere Priorität. Wir nehmen deshalb auch den OSART-Bericht sehr ernst. Selbstverständlich müssen diesem Bericht Taten folgen. Dazu ist die BKW bereit, und das ENSI hat den Empfehlungen aus dem Bericht die nötige Verbindlichkeit gegeben, indem es sie in einen Forderungskatalog an die BKW aufgenommen hat. Zudem wird die IAEA eine Folgekontrolle machen. Das Nötige ist also eingeleitet, und der Ball liegt jetzt bei der BKW und beim ENSI, das für die Aufsicht zuständig ist, ob das einem nun passt oder nicht. Der Regierungsrat hingegen hat keine rechtliche Zuständigkeit, Sicherheitsmassnahmen anzuordnen. Deshalb müssen wir die Motion ablehnen. Aber ich kann Ihnen versichern, dass ich im Verwaltungsrat auch weiterhin sehr genau hinschauen werde, damit bei der Sicherheit absolut keine Kompromisse gemacht werden. Die Motionsforderungen sind in der geforderten Art und Weise nicht umsetzbar. Ich bitte Sie deshalb, die Motion abzulehnen.

Urs Muntwyler, Bern (Grüne). Die mündliche Antwort finde ich schon wesentlich einleuchtender als die schriftliche Antwort. Was wir in der schriftlichen Antwort vorliegend haben, ist, wie wenn man sagen würde, unser Flugzeug entspreche zwar grundsätzlich in etwa den internationalen Vorgaben, aber es gebe ein paar Ausnahmen und Optimierungsmöglichkeiten: im Management, Organisation, Administration, Ausbildung der Piloten, Instandhaltung, der technische Support sei noch nicht gut und die Notfallplanung müsse auch noch verbessert werden. Man fragt sich, ob dies überhaupt ein Flugzeug sei oder irgendein Ruderboot. Wenn man sagt, die BKW sei bereit, die Empfehlungen umzusetzen – das ist doch gar keine Frage! Wenn man sie nicht umsetzt, darf man nicht mehr weiter machen.

Ein Punkt hat mich etwas befremdet. Die Motion wurde nämlich zuerst einmal an die BKW geschickt, welche dazu eine Stellungnahme machte. Das ist wie wenn ich für das Auto, das bei der Motorfahrzeugkontrolle nicht mehr durchkommt, zuerst einen Bericht vorlegen würde, worauf Blaise Kropf sagen könnte, ob er Lust habe, das Fahrzeug zu flicken oder nicht; er würde dann eine Stellungnahme abgeben, in der er sich grundsätzlich bereit erklärt, das Fahrzeug gelegentlich zu flicken, aber das brauche halt Zeit. Das ist dem technischen Problem, das hier vorliegt, ganz einfach nicht angepasst. Deshalb muss man wesentlich konsequenter dahintergehen. Ein Segelflugzeug beispielsweise wäre längst «gegründet» worden. Es ist das Mindeste, es bei einem AKW ähnlich zu machen.

«Steter Tropfen höhlt den Stein», sagte Herr Riem. Das ist genau das, was passiert am Ende einer Badewannenkurve: Es gibt immer mehr Ausfälle; die Reparaturkosten steigen an; es müssen grössere Anschaffungen gemacht werden, und dann stellt sich irgendwann einmal die Frage, ob man aufhören, zu einer Generalrevision schreiten oder doch langsam eine Alternative haben sollte. Ich kann nichts dafür, dass dem so ist, das liegt in der Technik, und die ist hier dominant, auch wenn uns das von der Politik her nicht so passt.

Dass die Motion eine Einstimmung auf die Volksinitiative «Mühleberg vom Netz» sein soll, muss ich

klar verneinen. Ich bin Ingenieur und betrachte die Sache rein technisch. Die Initiative hat noch ein paar ganz andere Knackpunkte, die wir besser unserem Spezialisten Blaise Kropf überlassen. Grundsätzlich liegt die Verantwortung bei der Politik. Wenn etwas passiert, wird es niemand gewesen sein. Deshalb bin ich froh, dass man sehen wird, es lag eine Motion vor, es wurde über die Details gesprochen, alle hörten zu und stimmten ab, ob dafür oder dagegen, spielt keine grosse Rolle, das kann man im Nachhinein allenfalls bewerten. Dabei hoffe ich natürlich, dass es nie so weit kommt.

Ich stelle mit Befriedigung fest, dass auch die Regierungsrätin gesagt hat, man werde die OSART wieder aufbieten. Das ist nämlich genau meine Grundforderung. Dann muss man aber schauen, dass nicht nur geschaut, sondern auch gehandelt wird. Dabei kann ich mir vorstellen, dass die wirtschaftlichen Sachzwänge – bei der BKW hat es ein paar Leute, die rechnen können – zu einer Lösung führen werden, die sich ganz anders entwickeln wird. Ich werde weiterhin die Technik genau anschauen. Ich habe bei einem früheren Geschäft gesagt, das Kernkraftwerk langweile mich im Grunde. Ich habe vor fast 40 Jahren entschieden, dass diese Technik keine Zukunft hat, und bin auf andere Technologien umgestiegen. Aber solange die Atomtechnik doch besteht und ich Grossrat bin, werde ich weiterhin kritisch hinschauen, die entsprechenden kritischen Fragen stellen und so lange aufsässig sein, bis das Problem technisch sauber gelöst wird, auf die eine oder andere Art.

Präsident. Wer die Motion überweisen will, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 49

Nein 89

Enthalten 3

Präsident. Der Rat hat die Motion abgelehnt.